

der Aufklärung der Kollegen über die ungeheuerliche Provokation der Kriegstreiber begonnen. Die Kollegen wurden nach vorheriger Absprache mit den Parteigruppenorganisatoren und Vertrauensleuten in kleinen Gruppen von den damit beauftragten Genossen zusammengefaßt. Unsere Genossen erläuterten ihnen die Erklärung unserer Regierung gegen den Mißbrauch Westberlins für Kriegs- und Revanchehetze und die Maßnahmen, die zur Abwehr der Provokationen angeordnet worden sind.

stellen oder Organisationen haben ein Recht, in Westberlin tätig zu sein. Die Westmächte tragen selbstverständlich eine große Verantwortung für die revanchistische Hetze und das gefährliche Treiben der Militaristen in Westberlin, weil sie entgegen allen völkerrechtlichen Bestimmungen das Besatzungsregime in Westberlin noch aufrechterhalten. Sie haben das Potsdamer Abkommen gebrochen und verletzt die Charta der Vereinten Nationen, in denen der Revanchismus als die Propagierung und Vor-



*Guter Rat an die Genossen vom Wirtschaftsrat Groß-Berlin: Mal fragen, wie bei BMHW gearbeitet wird*

In den Aussprachen stimmten alle Kollegen den Maßnahmen zu. Sie verurteilten das aggressive Treiben der westdeutschen Militaristen. So sagte ein Kollege, sein eigenes Haus würde er sich auch immer sauber halten, deshalb dürfen die Werkstätten in unserer Republik diese Hetzveranstaltungen nicht zulassen.

Vereinzelt gab es jedoch auch Auffassungen, die vom Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse zeugen. Ein Arbeiter beispielsweise, der sich ebenfalls gegen die Bonner Kriegspolitik aussprach, war der Ansicht, wir könnten dagegen nichts machen, da das Revanchistentreffen in Westberlin unter dem Schutz der Westmächte stehe. Unsere Genossen antworteten ihm: Westberlin gehört nicht zur Bundesrepublik, und weder die Bonner Regierung noch irgendeine ihrer Dienst-

bereitung eines Angriffskrieges ausdrücklich verboten wird. Es gibt also keine politische Rechtfertigung und keine juristische Grundlage für Revanchistentreffen in Westberlin. Daß wir den aggressiven Mächten nicht auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind und daß wir etwas dagegen tun können, beweisen erneut die Maßnahmen unserer Regierung zum Schutz unserer Republik, die die Kriegshetzer empfindlich getroffen haben.

In den Aussprachen mit unseren Kollegen über das Revanchistentreffen knüpften unsere Genossen an den Deutschlandplan des Volkes an und erläuterten die große Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse für die Sicherung des Friedens, für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und für die Lösung der Westberlinfrage. So hatte ein Kollege in der Diskussion darüber gesprochen.